

## Überregionaler Pressespiegel 10.02.2012

BILD Leipzig | 10.02.2012

### Polizei in Dresden will am 13. Februar friedliche Demos

Dresden (dpa/sn) - Die Dresdner Polizei setzt bei den Veranstaltungen zum Jahrestag der Zerstörung der Stadt am Montag auf Deeskalation und Gespräche. «Niemand will die Bilder von den Ausschreitungen 2011 in diesem Jahr wieder sehen», sagte Polizeipräsident Dieter Kroll am Freitag. «Keine Versammlung oder Blockade wird mit Wasserwerfern aufgelöst.» In diesem Jahr seien erstmals Kommunikationsteams unterwegs - als Gesprächspartner für Einwohner, Händler und Demonstranten. Die Beamten sind an gelben und roten Westen zu erkennen. Nach Angaben der Stadt sind zehn Veranstaltungen angemeldet, darunter eine Demonstration von Rechtsextremisten.

<http://www.bild.de/regional/leipzig/leipzig-regional/polizei-in-dresden-will-am-13--februar-friedliche-22570188.bild.html>

---

Der Sonntag | 10.02.2012

### Beten oder blockieren?

#### Blockaden sind rechtswidrig

Christen sollen in Dresden am 13. und 18. Februar klar gegen Neonazis eintreten – aber sich ihnen nicht in den Weg setzen, meint Sachsens Landesbischof Jochen Bohl.

In unserer Landeskirche gibt es erfreulicherweise einen breiten Konsens, dass es dringend notwendig ist, klar und eindeutig Position gegen die neuen Nazis zu beziehen.

Nächstenliebe braucht Klarheit! Darum rufe ich dazu auf, in Dresden Zeichen gegen die neuen Nazis zu setzen – mit der Menschenkette, den Mahnwachen und Bittgängen.

Zu Blockadeaktionen rufe ich aus zwei Gründen nicht auf. Zunächst, weil man sich in den letzten Monaten in Dresden sehr um einen gemeinsamen Aufruf der demokratischen Parteien und Kräfte bemüht hat. Ich bin dankbar, dass dieser Konsens erstmals zustande gekommen ist.

Er besagt, dass nicht zu Blockadeaktionen aufgerufen wird, sondern zu einer Kundgebung in Hör- und Sichtweite der Nazis. Diesem Aufruf schließe ich mich an, weil ich ihn für richtig und notwendig halte.

Zweitens, weil Blockaden rechtswidrig sind. Das hat unter anderen der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts und jetzige Vorsitzende der Kammer für öffentliche Verantwortung der EKD, Professor Dr. Hans-Jürgen Papier, im vergangenen Mai in Dresden dargelegt. Der Konsens unter den Juristen ist eindeutig.

Es fällt sicher nicht leicht, zu akzeptieren, dass in einem demokratischen Rechtsstaat auch die Feinde der Demokratie durch das Recht geschützt sind. Aber ausnahmslos alle Bürgerinnen und Bürger haben das Recht zu demonstrieren, solange eine Demonstration

nicht verboten wird.

Nun ist es denkbar, dass die Kirche die Christinnen und Christen aufrufen muss, sich über das Recht hinwegzusetzen – das wird aber nur in seltenen Ausnahmefällen und dann zur Abwendung eines übergesetzlichen Notstands in Frage kommen. Davon kann aber an dieser Stelle keine Rede sein.

### Dem Hass den Weg verstellen

Dresdens Zerstörung ist eine Mahnung, wohin die Ideologie der Neonazis führt, meint Katrin Göring-Eckardt. Deshalb unterstützt sie Blockaden.

Die Demonstrationsfreiheit ist ein hohes Gut. Ich habe sie 1989 in der DDR selbst durch damals illegale Demonstrationen mit erkämpft. Sie bedeutet, die eigene Meinung öffentlich kund zu tun, aber auch hinzunehmen, wenn andere für Ziele demonstrieren, die man selbst ablehnt.

Bei den geplanten Aufzügen der Neonazis in Dresden soll aber nicht für eine politische Position demonstriert werden, sondern für eine Ideologie der Intoleranz und Unmenschlichkeit, des Hasses und der Gewalt.

Die Nazis berufen sich auf die Demonstrationsfreiheit – um dafür zu demonstrieren, diese Freiheit zu nehmen, wie auch die Meinungsfreiheit, die Toleranz und Mitmenschlichkeit. Sie sprechen einigen Menschen sogar das Recht ab, überhaupt leben zu dürfen. Über 150 Menschen wurden deswegen in den letzten zwanzig Jahren in Deutschland ermordet. Die schrecklichen Taten der rechtsextremen Terroristen sind nur ein weiterer Beweis dafür, dass den Worten der Neonazis auch Taten folgen.

Aus diesem Grund bin ich Erstunterzeichnerin des Aufrufs »Nächstenliebe verlangt Klarheit – Kein Naziaufmarsch, nirgendwo« der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus. Zur Verteidigung unserer Werte gehören klare Signale, gerade in einer Stadt, die so furchtbar unter dem von Nazis begonnenen Krieg gelitten hat.

Das Schicksal Dresdens ist uns Mahnung, wohin diese menschenverachtende Ideologie führt: In Tod und Verderben! Und es ist uns Auftrag, uns dem in den Weg zu stellen – gewaltfrei, aber bestimmt. In Anlehnung an Martin Luther: Hier stehe ich, ich kann nicht anders!

<http://www.sonntag-sachsen.de/2012/02/10/beten-oder-blockieren/>

---

DEUTSCHLAND today | 10.02.2012

### Länderübergreifende Solidarität statt länderübergreifendem Versagen

Erfurt (Bündnis 90/Die Grünen ThL) - Die Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützt die Proteste gegen den Aufmarsch der Neonazis am 13. Februar 2012 in Dresden und ruft alle Thüringerinnen und Thüringer auf, sich den friedlichen Kundgebungen anzuschließen.

Seit Jahren versuchen Neonazis aus ganz Europa, den 13. Februar für ihre menschenverachtende Ideologie zu instrumentalisieren und zu missbrauchen, indem sie anlässlich des Jahrestages der großflächigen Luftangriffe auf die Elbmetropole den Mythos der „unschuldigen Stadt Dresden“ zu verbreiten suchen.

„Es ist daher die Pflicht aller demokratischen Kräfte, diesen Aufmärschen entschieden entgegenzutreten. Die jüngst aufgedeckte Terror-Mordserie hat die Notwendigkeit des Protests gegen Naziaufmärsche nur noch deutlicher gemacht. Es reicht nicht, rechtsradikale Einstellungen abzulehnen und Neonazi-Gewalt zu verurteilen. Demokraten müssen sich sichtbar der rechten Ideologie entgegenstellen“, sagt Anja Siegesmund, Vorsitzende der bündnisgrünen Fraktion.

„Von der sächsischen und thüringischen Landesregierung gab es viele falsche Signale. Bei der Strafverfolgung der Rechtsterroristen wurden seitens des Thüringer Verfassungsschutzes eklatante Fehler gemacht. Gleichzeitig laufen Verfahren gegen zivilgesellschaftliche Vertreter, die sich den Neonazis aktiv in den Weg stellen. Daher ist es in diesem Jahr wichtiger denn je, sich gegen rechtes Gedankengut einzusetzen“, betont Siegesmund. „Dem länderübergreifenden Versagen der Ermittlungsbehörden wollen wir nun länderübergreifende Solidarität in Bezug auf die Dresdner Gegendemonstrationen entgegensetzen.“

Neben Siegesmund werden am 13. Februar auch die bündnisgrünen Abgeordneten Astrid Rothe-Beinlich und Dirk Adams nach Dresden fahren, um dort mit sächsischen Abgeordneten weitere Initiativen zu besprechen. Sie werden auch am „Täterspurengang“ teilnehmen. Für Medienanfragen stehen sie gern zur Verfügung.

[http://www.dtoday.de/regionen/mein-today/parteien\\_artikel,-Laenderuebergreifende-Solidaritaet-statt-laenderuebergreifendem-Versagen-\\_arid,132099.html](http://www.dtoday.de/regionen/mein-today/parteien_artikel,-Laenderuebergreifende-Solidaritaet-statt-laenderuebergreifendem-Versagen-_arid,132099.html)

---

domradio.de | 10.02.2012 | Becker-Huberti

## Dresdens Widerstand gegen Neonazis im Eindruck der Nazi-Morde

"Manche sind erst jetzt aufgewacht"

Dresden bereitet sich auf das Kriegsgedenken am 13. Februar vor – und den Widerstand gegen die Neonazi-Aufmärsche. Joachim Reinelt sieht den Protest diesmal besonders im Licht der Nazi-Morde. Im domradio.de-Interview sagt Dresdens Bischof der Rechtsgewalt den Kampf an.

*domradio.de:* Was genau ist für Montag geplant?

*Reinelt:* Es wird wieder eine große Menschenkette geben, d.h. viele Dresdner und Menschen aus der Umgebung in fester Solidarität gegen den Hass und die neue Zwietracht, die von den Neonazis gesät werden. Diese Menschenkette ist ein wunderbares Zeichen der Gemeinschaft über alle Konfessionen und Denkrichtungen hinaus. Wenn es um eine Antwort gegen das Hassen geht, halten die Menschen in Dresden sehr gut zusammen. Und da machen wir mit.

*domradio.de:* Sie sind 1936 geboren, haben den Krieg also als kleiner Junge selbst erlebt.

Was bedeutet es für Sie persönlich, wenn Neonazis heute aufmarschieren?

*Reinelt:* Ich habe als Kind Dresden brennen sehen, wir waren damals gerade unterwegs. Es war schon ein Stück Höllenerlebnis. Und für mich ist das wirklich ein gutes Zeichen, dass die Dresdner sagen, diesen Tag des Gedenkens und der Trauer lassen wir uns nicht von denen stehlen, die Grunde genommen wieder ähnliche Ansätze haben, wie sie die Nazis damals hatten.

*domradio.de:* Das Bündnis "Dresden Nazifrei" hat zu einer Blockade der Nazi-Aufmärsche aufgerufen. Das lehnen Sie ab. Warum?

*Reinelt:* Weil es juristische Schwierigkeiten gibt. Die Demonstrationsfreiheit ist in der Demokratie eine Heilige Kuh", die nicht angetastet werden darf. Und deswegen wird gegen Leute, die eine solche Demo verhindern, rechtlich vorgegangen. Dazu kann ich nicht auffordern.

*domradio.de:* Im letzten Jahr kamen die Taten des Zwickauer Nazi-Trios ans Licht. Glauben Sie, dass deshalb dieses Jahr mehr Menschen am Gegenprotest teilnehmen werden?

*Reinelt:* Ganz sicher. Manche sind erst jetzt aufgewacht. Denn es ist eine Schande, dass es so etwas überhaupt gibt - ausgerechnet in Deutschland, wo schon einmal die Grausamkeiten dieser Ideologie ihren Ausgangspunkt hatten. Das ist schmerzlich. Und dagegen muss man wachsam aufstehen.

<http://www.domradio.de/aktuell/79787/dresdens-widerstand-gegen-neonazis-im-eindruck-der-nazi-morde.html>

---

Frankfurter Rundschau | 10.02.2012

### Dresden wehrt sich gegen den Neonazi-Aufmarsch

In Dresden wächst der Widerstand gegen die alljährlichen Aufmärsche tausender Neonazis, die das Gedenken an die Opfer der Bombennächte von 1945 für ihre Zwecke missbrauchen. Auch die CDU muss sich entscheiden.

Stanislaw Tillich scheint erwacht. „Von Dresden soll ein Signal ausgehen“, fordert der sächsische CDU-Ministerpräsident. Er meint damit friedliche Proteste gegen Neonazis, die alljährlich im Februar das Gedenken an die Opfer der Bombennächte von 1945 für ihre Zwecke missbrauchen und durch Dresden marschieren. In Dresden dürfe es „keinen Platz für Neonazis geben“, mahnte der 52-jährige Regierungschef sogar kürzlich und tadelte im selben Atemzug die Bürgerschaft der sächsischen Landeshauptstadt, die nicht entschlossen genug gewesen sei, diesem Spuk von Anfang an ein Ende zu setzen.

Was nicht gerade fein ist, denn für entschlossenes Auftreten ist Tillich in Sachsen auch nicht berühmt. Seit 14 Jahren meldet die rechtsextremistische „Junge Landsmannschaft Ostdeutschland“ um den 13. Februar herum Demonstrationen in Dresden an.

Jahrelang zankte man in Dresden darüber, wie mit dem hässlichen und unerwünschten Besuch zu verfahren sei. Zunächst versuchten die Dresdner, die Umzüge der Neonazis einfach zu ignorieren. Dann bildeten sie Menschenketten und legten Blumen nieder. Stilles Gedenken statt Krach und Blockade.

6.000 Neonazis spazieren entspannt durch Dresden

Die Stadtpolitik war tief gespalten. Ein gemeinsamer Protest scheiterte an der CDU, die nicht gemeinsam mit Linken auftreten wollte. Doch schnell zeigte sich: So funktioniert es nicht, wenn wie vor drei Jahren 6.000 Rechtsextremisten aus halb Europa durch Dresden ziehen. Die Fernsehbilder zeigten Neonazis, die entspannt und ungehindert durch Dresden marschieren konnten.

2010 und 2011 gab es erstmals scharfen Widerstand. Es gelangen Blockaden, die braunen Umzüge wurden massiv behindert oder gleich verhindert. Und es kam zu schlimmen Gewalttätigkeiten.

Vor allem vergangenes Jahr, als Neonazis ein alternatives Wohnprojekt linker Jugendlicher stürmten, als sich Neonazis und Linke wüst mit Polizisten prügeln, 100 Beamte Verletzungen erlitten, Läden demoliert und Autos angezündet wurden. „Schon morgens um halb neun war klar, es eskaliert. Das gibt Chaos ohne Ende“, erinnert sich Grit Hanneforth vom Kulturbüro Sachsen, das seit Jahren über Neonaziumtriebe im Freistaat aufklärt. Auch der Versuch, Protestierer und Neonazis weiträumig voneinander zu trennen, sei gescheitert.

2011 sorgten die Sicherheitsbehörden außerdem für einen Eklat, als sie über eine Million Handydaten abfragten und die Szene der Gegendemonstranten ausspionierten, um Blockierer zu erwischen. Eine Maßnahme, die, wie man heute weiß, außer Ärger und Spott nichts einbrachte. Dafür müssen sich zahlreiche Linken-Abgeordnete wie der Thüringer Bodo Ramelow oder der Sachse André Hahn, die sich 2010 auf die Straße setzten und den Neonazimarsch vorm Bahnhof Dresden-Neustadt stoppten, mit Strafbefehlen herumschlagen.

Dresden will diesmal geschlossen auftreten

Diesmal soll alles anders werden. Vor allem will Dresden geschlossen auftreten. Ein breites Bündnis tritt an, Bürger, Christen, Muslime, Juden, Gewerkschafter, Künstler, Politiker, Unternehmer, Wissenschaftler, Sportler. „Das ist eine neue Qualität“, meint Hanneforth. Man rechnet auch mit deutlich weniger Neonazis, etwa 2 000 aus Sachsen und Umgebung, schätzt Hanneforth. Schwerpunkt werde der 13. Februar sein.

Auch dieses Jahr soll es an diesem Tag wieder eine gewaltige Menschenkette geben, die einen Teil der Alt- und Neustadt und darin die Frauenkirche und die neue Synagoge umschließt. Gleichzeitig sollen aber Proteste in der Nähe der Neonazikundgebung ermöglicht werden.

Es hat sich ein neues Bewusstsein in der Stadt gebildet“, stellt Wilfried Schulz fest. „Viele Leute sind über ihren Schatten gesprungen. Es gibt kein Auseinanderdividieren mehr“, sagt der Intendant des Schauspielhauses.

Vergangenes Jahr stand er mit seinen Kollegen in der Altstadt und hielt ein Transparent: „Gedenken allein reicht nicht!“ In der Vergangenheit stritt man in Dresden über Opferzahlen durch alliierte Bomber oder darüber, wie man richtig gedenkt. Sich den Neonazis in den Weg stellen, war verpönt. Vielleicht auch eine Nachwirkung des Satzes von Kurt Biedenkopf, der den Sachsen attestiert hatte, sie seien immun gegen Rechtsextremisten.

"Zwickauer Zelle" weckt die Regierung

Doch spätestens seit dem 4. November 2011 ist es mit der Schläfrigkeit vorbei. Seit die Mordserie der „Zwickauer Zelle“ aufgefliegen ist, kommen auch Sachsens Landesregierung und Dresden nicht mehr um Klarheit herum. Seit offenkundig ist, dass ein Mördertrio jahrelang vom immunen Sachsen aus ungehindert zu seinen Bluttaten in Deutschland aufbrechen konnte, sind deutlichere Zeichen gefordert.

Tillich hat zwar im Landtag bis heute keine Rede über die Mörderbande aus Zwickau oder

Konsequenzen gehalten, die der Freistaat ziehen sollte. Aber immerhin ist auch er heute für Proteste in Sicht- und Hörweite der Neonazis. Zu Jahresbeginn lud er sogar ganz Deutschland nach Dresden ein, sich dem Protest anzuschließen.

<http://www.fr-online.de/politik/gedenken-an-bombennacht-von-1945-dresden-wehrt-sich-gegen-den-neonazi-aufmarsch,1472596,11604376.html>

ähnliche Artikel:

Freie Presse

<http://www.freipresse.de/LOKALES/MITTELSACHSEN/FREIBERG/Menschenkette-gegen-Naziaufmarsch-artikel7901052.php>

---

Freie Presse | 10.02.2012

Polizei wappnet sich für 13. Februar in Dresden

Bis zu 3.000 Gegendemonstranten und Blockierer erwartet

Dresden (dapd-lsc). Die Polizei erwartet am 13. Februar weiterhin bis zu 2.000 Rechtsextreme zu einem Aufmarsch in Dresden sowie bis zu 3.000 Gegendemonstranten und Blockierer. Die Einsatzkräfte setzten auf eine Strategie der Deeskalation, sagte Polizeisprecher Thomas Geithner am Freitag in Dresden. Für den Fall von Ausschreitungen sei die Polizei gerüstet. Wasserwerfer sollten aber nur als letztes Mittel eingesetzt werden, falls die Lage eskaliere.

Am Montag jährt sich die Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg. Rechtsextreme missbrauchen das Gedenken an die Opfer seit Jahren für ihre Zwecke. Gegner haben friedliche Blockaden angekündigt, allerdings erwartet die Polizei auch gewaltbereite Linksextreme. dapd

<http://www.freipresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Polizei-wappnet-sich-fuer-13-Februar-in-Dresden-artikel7901548.php>

---

Freie Presse | 10.02.2012

CDU und FDP nehmen Neonazi-Gegner in die Verantwortung

Die angekündigten Blockaden zeugen von einem "merkwürdigen Rechtsstaatsverständnis"

Dresden (dapd-lsc). Mit scharfen Worten greifen Politiker von CDU und FDP die

erwarteten Gegendemonstranten des alljährlichen Neonazi-Aufmarsches am 13. Februar in Dresden an. Die angekündigten Blockaden des rechten Aufmarsches zeugten von einem "merkwürdigen Rechtsstaatsverständnis", da persönliche Ansichten über geltendes Gesetz gestellt würden, sagte der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Volker Bandmann, am Freitag. Andere Versammlungen zu verhindern, sei rechtswidrig.

Zudem sieht der CDU-Politiker die eigentliche Botschaft dieses Tages, nämlich das Gedenken der Stadt an die Bombardierung im Zweiten Weltkrieg, gestört. Wer zu Blockaden aufrufe, drohe damit, die Erinnerungskultur "mit Füßen zu treten", sagte Bandmann. Über Jahrzehnte habe es in Dresden ein stilles Gedenken an die Opfer der Bombennacht vom 13. Februar 1945 gegeben.

Der FDP-Rechtsexperte Carsten Biesok wirft den Aktivisten vor, dass sie sich "wieder einmal von Neonazis provozieren lassen" und zu illegalen Blockaden aufrufen. Dadurch werde "linken Gewalttätern" ein Schutzschirm aufgespannt, "unter den Krawalltouristen aus ganz Deutschland sehr gerne kriechen werden", sagte Biesok. Am Ende müsse die Polizei verhindern, "dass Rechts- und Linksextreme die Stadt in ein Schlachtfeld verwandeln".

Am Montag jährt sich die Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg. Rechtsextreme missbrauchen das Gedenken an die Opfer seit Jahren für ihre Zwecke. dapd

<http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/CDU-und-FDP-nehmen-Neonazi-Gegner-in-die-Verantwortung-artikel7901549.php>

---

Freie Presse | 10.02.2012

### Jähnigen will Aberkennung der Immunität nicht akzeptieren

Vorwürfe als unberechtigt zurückgewiesen

Dresden (dapd-lsc). Die Grünen-Abgeordnete Eva Jähnigen will sich gegen die von der Dresdner Staatsanwaltschaft geplante Aberkennung ihrer Immunität wehren. Wenn sie, wie von den Ermittlern vorgeworfen, tatsächlich an einer Blockade des Neonazi-Aufmarsches am 19. Februar 2011 in Dresden teilgenommen hätte, würde sie das Verfahren akzeptieren, sagte Jähnigen am Freitag.

Da sie an diesem Tag allerdings als Mitglied der Arbeitsgruppe "Polizeibeobachtung" unterwegs gewesen sei und gar nicht blockiert habe, seien die Vorwürfe unberechtigt.

Jähnigen wirft der Staatsanwaltschaft vor, Neonazi-Gegner durch Ermittlungen einzuschüchtern. Die Grünen-Politikerin soll ihre Immunität als Landtagsabgeordnete verlieren, weil die Behörde wegen eines angeblichen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz ermittelt. dapd

<http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Jaehnigen-will-Aberkennung-der-Immunitaet-nicht-akzeptieren-artikel7901626.php>

---

### Mit Blockaden gegen den braunen Spuk

In Dresden herrscht kommende Woche Ausnahmezustand: Tausende Menschen werden am Montag und am 18. Februar der Bombardierung der Stadt vor 67 Jahren gedenken - und ein klares Zeichen gegen Rechtsextremismus setzen.

Leipzig. In Dresden herrscht kommende Woche wieder Ausnahmezustand: Tausende Menschen werden am Montag und am 18. Februar der Bombardierung der Stadt vor 67 Jahren gedenken - und zugleich ein klares Zeichen gegen Rechtsextremismus und Gewalt setzen. Die Sicherheitsbehörden fürchten, dass es wie im vergangenen Jahr erneut zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen rechten und linken Demonstranten kommt. Die Polizei rüstet sich deshalb für einen Großeinsatz.

Die Rechtsextremen versuchen seit Jahren, die Zerstörung Dresdens durch alliierte Bomber am 13. und 14. Februar 1945 für ihre Propaganda zu missbrauchen. In den vergangenen zwei Jahren hatten tausende Gegendemonstranten den Aufmarsch der Rechten blockiert. Diesen Erfolg will die linke Szene nun wiederholen.

Das Anti-Rechts-Bündnis „Dresden - Nazifrei“ hat wieder bundesweit mobilisiert. Ziel sei es, die Naziaufmärsche in der Elbestadt „endgültig Geschichte werden zu lassen“, erklärt Bündnis-Sprecherin Franziska Radtke.

Offiziell angemeldet wurde von den Rechten bislang eine Kundgebung am 13. Februar. Drei weitere, unter anderem für den 18. Februar angemeldete Aufmärsche hat die rechtsextremistische Junge Landsmannschaft Ostdeutschland (JLO) inzwischen wieder abgesagt. Viele Gegendemonstranten werten dies als Erfolg ihrer Blockadepolitik. Der Verfassungsschutz nennt als Grund aber auch Streitigkeiten innerhalb der rechten Szene, die sich uneins darüber sei, wer nun den Hut auf hat. Aber auch kurzfristige Anmeldungen sind laut Stadtverwaltung weiterhin möglich.

Nach der Aufdeckung der Neonazi-Mordserie der Zwickauer Terrorzelle, die jahrelang untergetaucht war und für neun Morde an Migranten und einer Polizistin verantwortlich gemacht wird, steht Dresden in diesem Jahr besonders im öffentlichen Fokus.

### Demonstration: „Mit Mut, Respekt und Toleranz“

„Dresden und Sachsen sind kein Aufmarschplatz für Ideologen und rechtes Gedankengut“, erklärte Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU). Dies zu zeigen, sei „wichtiger denn je“, sagte auch Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU): „Wir alle stehen noch immer unter dem Eindruck des braunen Terrors.“ Die Arbeitsgemeinschaft „13. Februar“, ein breites Bündnis gesellschaftlicher Gruppen, hat für Montag zu einer Menschenkette durch die Stadt aufgerufen, an der sich in den Vorjahren bis zu 17.000 Bürger beteiligt hatten. Zu der rechtsextremen Kundgebung erwarten die Sicherheitsbehörden bis zu 2000 Teilnehmer und auf der Gegenseite mit rund 3000 linken Demonstranten.

Für den Samstag kommender Woche hat die AG „13. Februar“ darüber hinaus zu einer Demonstration unter dem Motto „Mit Mut, Respekt und Toleranz“ aufgerufen. Die Dresdner sollen an diesem Tag farbige Kleidung tragen und Fenster, Zäune und Autoantennen mit bunten Bändern schmücken.

Die Polizei wird an beiden Tagen mit mehreren tausend Beamten im Einsatz sein, um Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Lagern zu verhindern. Die Behörden rechnen mit der Anreise zahlreicher, teils gewaltbereiter Linker. Im vergangenen Jahr hatte es am Rande der Demonstrationen teils schwere Ausschreitungen zwischen Rechten, Linken und der Polizei gegeben. Mehr als 80 Polizisten wurden verletzt, auch unter den



Demonstranten gab es Verletzte.

Für heftige Kritik sorgte im vergangenen Februar zudem die massenhafte Ausspähung von Handydaten bei der Anti-Neonazidemo. Dabei waren rund eine Millionen Handydaten von rund 320.000 Rufnummern erfasst worden. Betroffen waren neben Demonstranten auch Abgeordnete und Journalisten. Das Bündis „Nazifrei“ sprach von einer „massiven Repressionswelle“ und fürchtet in diesem Jahr eine erneute Handyüberwachung. afp

<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/anti-rechts-buendnis-mit-blockaden-gegen-den-braunen-spuk/6195090.html>

---

Junge Welt | 10.02.2012 | Markus Bernhardt

### Dresden stellt sich quer

Neonaziszene im Vorfeld geplanter Aufmärsche in Sachsen zerstritten. Antifaschisten mobilisieren zu Blockaden. Landtagschef erteilt Linke-Politikerin Pau Hausverbot

Kurz vor den neuerlichen Versuchen neofaschistischer Gruppen, in Dresden aufzumarschieren und die Bombardierung der Stadt durch die Alliierten 1945 zu einem gegen die Zivilbevölkerung gerichteten »Bombenholocaust« umzulügen, läuft die antifaschistische Mobilisierung zu Massenblockaden gegen rechts auf Hochtouren. Tatsächlich stehen die Chancen gut, daß es den Nazigegnern in diesem Jahr gelingt, dem braunen Treiben in der Elbmetropole endgültig eine Ende zu setzen. Nachdem die Aufmärsche der braunen Geschichtsfälscher in den vergangenen zwei Jahren durch Massenblockaden verhindert werden konnten, ist es in den Reihen der Neonazis offenbar zunehmend zu Zerwürfnissen gekommen. Diese scheinen sogar so weitgehend zu sein, daß die neofaschistische »Junge Landsmannschaft Ostdeutschland« (JLO) ihre ursprünglichen Anmeldungen für Demonstrationen am 11., 13. und 18. Februar bei den sächsischen Behörden zurückgezogen hat. Besagte Abmeldungen scheinen bereits bestehende Konflikte in der neonazistischen Szene weiter angeheizt zu haben. »Wie Rundfunk- und Presseberichten zu entnehmen war, hat die JLO bereits in den vergangenen Tagen sämtliche ihrerseits vorliegenden Anmeldungen zurückgezogen. Mit Hinblick auf die aktuellen Schwerpunkte wird eine ausführliche Betrachtung zu diesem Thema später erfolgen«, heißt es auf einer der Hauptmobilisierungsseiten der Naziszene dazu wortkarg.

Behördenangaben zufolge liegt allerdings für den 13. Februar weiter eine Demonstrationsanmeldung aus dem »rechtsextremen Lager« vor. Die von bürgerlichen Kräften und der Stadt Dresden ins Leben gerufene »Arbeitsgruppe 13. Februar« hält daher den Aufruf zu einer ab 17 Uhr geplanten Menschenkette aufrecht. Das Bündnis »Nazifrei! Dresden stellt sich quer!« mobilisiert bereits ab 13 Uhr zu einem Mahn- und Gedenkgang durch die Stadt, in dessen Rahmen Orte des faschistischen Terrors aufgesucht werden sollen. Die Polizei will mit mehr als 6000 Beamten im Einsatz sein.

Unterdessen gewinnt die öffentliche Debatte über die Rechtmäßigkeit von Blockaden genehmigter Demonstrationen weiter an Fahrt. So bekräftigte Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU) in einem Gastbeitrag für die Sächsische Zeitung (Donnerstagsausgabe) seine Auffassung, Blockaden seien eine »Verletzung von Grundrechten«. Gewalttäter einer »Antifaschistischen Aktion« würden sich für

Gewaltexzesse feiern lassen, was »nichts mit zivilem Ungehorsam zu tun« habe, sondern »kriminell« sei, schwadronierte der Innenminister. »Das Problem« beginne »bereits beim sogenannten Aktionskonsens, den sich das Bündnis ›Dresden Nazifrei‹ als Grundsatz gegeben« habe und in dem es heißt, daß man »solidarisch« sei »mit allen, die mit uns das Ziel teilen, den Naziaufmarsch zu verhindern«. Ulbig: »Das ist keine Abgrenzung zu den Gewalttätern, sondern geradezu eine Einladung.«

Der Präsident des sächsischen Landtags, Matthias Rößler (CDU), hat unterdessen Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (Die Linke) für den 13. Februar faktisch ein Hausverbot ausgesprochen. Sie war von der Linkfraktion zu einer Arbeitsberatung über den geplanten Untersuchungsausschuß des Landtages zur Zwickauer Neonazi-Terrorzelle eingeladen. Pau gehört dem entsprechenden Gremium des Bundestages an. Rößler beruft sich auf eine alte Regelung, die ursprünglich verhindern sollte, daß sich am Jahrestag der Bombardierung der Stadt Neonazis aus dem In- und Ausland auf Einladung der NPD-Fraktion im sächsischen Landtag versammeln. André Hahn, Vorsitzender der Linksfaktion, forderte am Donnerstag, »das faktische Hausverbot« für Pau zurückzunehmen. Die Entscheidung sei »nicht nur ein unglaublicher Affront gegen Frau Pau, sondern auch gegenüber dem Deutschen Bundestag, denn es dürfte wohl ein einmaliger Vorgang nach 1949 sein, daß ein Landtagspräsident der Vizepräsidentin des höchsten Parlaments in Deutschland de facto ein Hausverbot erteilt«, kritisierte Hahn.

<http://www.jungewelt.de/2012/02-10/012.php>

---

Junge Welt | 10.02.2012 | Markus Bernhardt

»Zuständige müssen Zivilcourage zeigen«

Auch Bundeskanzlerin Merkel sollte in Dresden mitdemonstrieren. Ein Gespräch mit Gesine Löttsch

Gesine Löttsch ist Vorsitzende der Partei Die Linke

*Neofaschisten wollen am 13. Februar erneut in Dresden aufmarschieren, um den Jahrestag der Bombardierung der Stadt durch die Alliierten im Jahr 1945 für ihre Propaganda von einem »Bombenholocaust« auf die Zivilbevölkerung zu mißbrauchen. Werden Sie sich an den Massenblockaden beteiligen, die das Bündnis »Nazifrei – Dresden stellt sich quer!« wieder plant?*

Wir sind Zeuge des größten Verfassungsschutzskandals in der Geschichte der Bundesrepublik. Der Verfassungsschutz hat gezeigt, daß er unsere Verfassung nicht schützt, sondern gefährdet. Er hält die Naziszene mit Steuergeldern am Leben. Gegen die verfassungsfeindliche NPD und ihr terroristisches Umfeld hilft nur das Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger, die friedlich zeigen, daß sie die Nazis weder in Dresden noch in einer anderen Stadt dulden wollen. Ich werde mich in Dresden an den friedlichen Blockaden gegen Nazis beteiligen. Ich bin dabei und weiß, daß viele Mitglieder meiner Partei und auch der anderen demokratischen Parteien in Dresden dabei sind. Ich habe die Kanzlerin gefragt, ob sie sich an der Demonstration in Dresden beteiligt. Eine Antwort steht noch aus. Ich will daran erinnern, daß am 8. November 1992 über 350000 Menschen in Berlin gegen fremdenfeindliche Gewalt auf die Straße gingen. Dabei waren: Richard von Weizsäcker, Rita Süßmuth, Helmut Kohl, mehrere Bundesminister, alle Regierungschefs

der Länder – nur die CSU hatte sich verweigert. Es ist an der Zeit, daß wieder einmal die Zuständigen Zivilcourage zeigen.

*Im vergangenen Jahr sind Polizei und Justiz massiv gegen die antifaschistischen Blockierer vorgegangen. So wurden über eine Millionen Handydaten gespeichert, es laufen noch immer Ermittlungen nach Paragraph 129 (»Bildung einer kriminellen Vereinigung«), und die Nazigegner wurden mit Pfefferspray, Schlagstöcken und Wasserwerfern malträtiert. Für dieses Jahr hat Dresdens Polizeipräsident Dieter Kroll bereits angekündigt, weiterhin auf die Speicherung von Handydaten setzen zu wollen. Außerdem wolle er nicht nur »einfache körperliche Gewalt« gegen Blockierer, sondern auch Wasserwerfer, Räumpanzer und andere »Hilfsmittel« einsetzen lassen. Wie bewerten Sie diese staatliche Eskalationsstrategie?*

Es ist ein unglaublicher Skandal, wie Polizei, Justiz und Geheimdienst ihre ganze Kraft auf die systematische Bekämpfung von Antifaschisten konzentrieren. Hier wird ein Kampf gegen den Aufstand der Anständigen geführt. Ich erwarte, daß der sächsische Ministerpräsident endlich den Polizeipräsidenten zur Ordnung ruft. Die Verfolgung von Antifaschisten ist besonders empörend, wenn gleichzeitig Polizei, Justiz und Geheimdienst zehn Jahre nichts unternommen haben, um die braune Mörderbande und ihre Kumpanen zu verfolgen. Sie sind nicht auf dem rechten Auge blind. Nein, sie schauen zu und lassen die verfassungsfeindliche NPD gewähren.

*Erst im Januar dieses Jahres hat der sächsische Innenminister Markus Ulbig (CDU) betont, daß Antifaschismus »nicht die richtige Antwort« sei, um gegen den erstarkenden Neofaschismus vorzugehen. Warum hat in Sachsen trotz der Enthüllungen über Verstrickungen von Inlandsgeheimdiensten in den Terror des Neonazinetzwerkes »Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU) kein Umdenken bei den politischen Entscheidungsträgern stattgefunden?*

Die CDU-Vorsitzende Merkel muß jetzt eingreifen. Sie muß ihre Parteifreunde ins Gebet nehmen. Die Christlich Demokratische Union muß sich auf ihre wenigen antifaschistischen Traditionen besinnen.

*Der Historiker Wolfgang Wippermann konstatiert, daß Sachsen das »rechtskonservativste und unfreieste Bundesland der Republik« ist und im Freistaat Dinge geschehen, die sich nicht einmal George Orwell habe vorstellen können. Teilen Sie diese Einschätzung?*

Das Besorgniserregende ist, daß wir in der ganzen Gesellschaft einen Rechtsruck erleben. Der Neoliberalismus der vergangenen 20 Jahre hat die Gesellschaft entsolidarisiert und entdemokratisiert. Das neoliberale Modell wird gerade von der Kanzlerin auf Europa übertragen. In Griechenland können wir die ersten Ergebnisse dieses lebensbedrohlichen Experiments beobachten. Diese Politik stärkt faschistische Parteien in ganz Europa, weil sie Nationalismus und Rassismus befördern. Die Linke will dem Neoliberalismus mit mehr Solidarität und mehr Demokratie entgegentreten. Nur das kann die richtige Antwort für ein Europa mit Zukunft sein.

<http://www.jungewelt.de/2012/02-10/014.php>

---

Junge Welt | 10.02.2012

Dokumentiert: Widerstand gegen »Gedenkmarsch«

jW dokumentiert auszugsweise die Erklärung des Bündnisses »Nazifrei – Dresden stellt sich quer!« zu möglichen Szenarien am 13. und 18. Februar:

Wieder soll Dresden zum Aufmarschgebiet für Nazis aus der Region und ganz Deutschland werden. Seit 2010 wehren sich mit dem Bündnis Dresden-Nazifrei zehntausende Menschen aus Deutschland und anderen Ländern gegen den braunen Spuk. Am 13. Februar werden wir uns dem sogenannten »Gedenkmarsch« der Nazis entschlossen entgegenstellen. Im Bereich zwischen Bahnhof Mitte und Hauptbahnhof wollen die Nazis ab 18 Uhr mit ihren Fackeln und geschichtsrevisionistischen Thesen marschieren. Vor dem Volkshaus haben wir deshalb ab 12 Uhr eine Kundgebung angemeldet um zeitnah in Hör- und Sichtweite protestieren zu können – bunt, lautstark und kreativ. (...)

Der vom Bündnis organisierte Mahngang »Täterspuren« führt ab 13 Uhr vom Comeniusplatz aus an zentralen Stätten nationalsozialistischen Wirkens in Dresden vorbei und erinnert daran, von wo aus Gewalt, Haß und menschenverachtende Ideologie ausging und was Ursache und Wirkung bei der Zerstörung Dresdens waren. (...)

Für den 18. Februar haben Nazis ihre Anmeldungen zurückgezogen. Dies sei kein Grund, voreilig Erfolge zu verkünden. Auch kurzfristig könnten Nazis Anmeldungen vornehmen. Bundesweit signalisieren die Rechten Bereitschaft, am 18. Februar nach Dresden zu kommen. Sollten wider Erwarten keine rechten Aufmärsche stattfinden, laden wir alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein, sich mit einer großen Demonstration gegen die sächsischen Verhältnisse zu wenden, die maßgeblich dafür verantwortlich sind und waren, daß Alltagsrassismus und Naziaufmärsche in Sachsen wieder möglich wurden. (...)

[www.dresden-nazifrei.com](http://www.dresden-nazifrei.com)

<http://www.jungewelt.de/2012/02-10/013.php>

---

Lausitzer Rundschau | 10.02.2012

„Die Debatte um diesen Gedenktag ist stark polarisiert“

Auch wenn die Neonazis in Dresden ihren diesjährigen Aufzug zum 13. Februar dank starker Proteste allem Anschein nach abgesagt haben, ist es vor allem dieser Termin, an dem sich immer wieder heftige Debatten entzünden. Die RUNDSCHAU sprach darüber mit dem Historiker Roman Töppel.

*Ob der 16. Januar in Magdeburg, der 5. März in Chemnitz oder der 8. April in Halberstadt – Jahrestage von Bombardierungen im Zweiten Weltkrieg sind in vielen Städten ein Datum des Erinnerns, oft aber auch ein Aufmarschtermin der Rechten. In den vergangenen Jahren hat es immer wieder auch rechte Aufmärsche im Umfeld des 13. Februar gegeben. Was macht solche Gedenktage, was macht Dresden für Neonazis so attraktiv?*

Wenn Neonazis an solchen Tagen demonstrieren, verfolgen sie damit ganz klar eine Aufrechnungsstrategie. Indem man das Leid der deutschen Zivilbevölkerung herausstellt, versucht man, die deutschen Verbrechen zu relativieren. Dresden kommt dabei noch einmal eine besondere Rolle zu. Tatsächlich handelt es sich um ein besonders traumatisches Kriegsereignis mit vielen Toten, mit viel Zerstörung und Leid. Gleichzeitig war die Bombardierung der Stadt aber von Beginn an mit einer starken Legendenbildung verknüpft. Diese Legenden – von der „unschuldigen Stadt“, der Einzigartigkeit der Zerstörung – haben Dresden zum Symbol des Bombenkriegs schlechthin gemacht, und sie leben zum Teil bis heute fort. Übrigens auch in Dresden selbst.

*Forschungen haben gezeigt, dass noch die Nazis mit der Legendenbildung begannen. Wie funktionierte das?*

Indem man zum Beispiel überhöhte Opferzahlen lancierte und entsprechenden Gerüchten – anders als bei Bombardierungen zuvor – nicht mehr entgegentrat. Zum einen hatte man damit die Moral der Bevölkerung und der Soldaten an der Westfront im Blick. Ihnen sollte gezeigt werden, dass Amerikaner und Briten auch nicht besser seien als die Russen. Zum anderen wollte man von den eigenen Verbrechen ablenken, die gerade vor aller Welt zutage traten. Bereits die Nazis begannen also mit einer Aufrechnung, die auf die Geschichtsbücher zielte und die die Neonazis heute aufgreifen, etwa wenn sie das unerträgliche Schlagwort vom „Bomben-Holocaust“ benutzen.

*Die NS-Propaganda sprach von 200 000 Toten in Dresden. Wie hoch ist die Zahl tatsächlich?*

Eine unabhängige Historikerkommission, die die Zahl in den vergangenen Jahren im Auftrag der Stadt Dresden erforscht hat, beziffert sie auf bis zu 25 000 Tote. Auch der Historiker Friedrich Reichert, den ich für den maßgeblichen Experten für die Opferzahlen halte, kommt zu diesem Ergebnis.

*Warum benutzte auch die DDR drastische Schuldzuweisungen, die der NS-Propaganda oft ähnlich waren?*

Weil es in Zeiten des Kalten Krieges opportun erschien. Dabei griff die DDR zwar nicht auf die hohen Opferzahlen zurück, aber auf andere Übertreibungen, etwa in Zusammenhang mit dem Thema Tieffliegerangriffe. Hinzu kam, dass man Westdeutschland als Hort der Altnazis diffamierte, was bis hin zu dem absurden Schlagwort von einem angeblichen „Bündnis der Mörder“ führte.

*Welche Folgen hatte die Ideologisierung für das Erinnern für jene, die in der Bombennacht Leid erfahren und Angehörige verloren hatten?*

Für die Zeitzeugen war die Instrumentalisierung ein großes Problem, und sie ist es bis heute. Erst wurde das Thema vom Staat propagandistisch vereinnahmt, und sie konnten sich nur dazu äußern, wenn es opportun erschien. Und als sie dann endlich sprechen konnten, sahen sie sich sofort mit dem Vorwurf konfrontiert, sie würden nur einen Mythos pflegen oder gar NS-Vokabular benutzen. Vielfach wurde ihren Erinnerungen der Wahrheitsgehalt abgesprochen. Auch die Geschichtswissenschaft hat hier leider oft wenig sensibel agiert.

*Wie geht es nach der Absage der Neonazis weiter? Wie könnte ein angemessenes Erinnern aussehen?*

Ob die Absage nur taktischer Natur ist oder die Neonazis tatsächlich wegbleiben, kann ich nicht beurteilen. Aber wenn sie es tun, ist das natürlich ein Grund zur Freude. Auffällig aber ist: Die Debatte um diesen Gedenktag ist stark polarisiert. Auch wenn viel über die Zerstörung geredet wird, besteht meines Erachtens noch immer ein Defizit an Aufklärung, an Vermittlung erwiesener Fakten, an Veranstaltungen, in denen Historiker ihre Erkenntnisse einer interessierten Bevölkerung auf eine unpolemische Weise darlegen.

<http://www.lr-online.de/politik/Tagesthemen--Die-Debatte-um-diesen-Gedenktag-ist-stark-polarisiert:art1065,3677531>

---

MDR Figaro | 10.02.2012

### "Demokratisch für die Demokratie streiten. Der 13. Februar in Dresden"

Seit 1992 stellen in den "Dresdner Reden" Künstler, Politiker und Publizisten ihre Sicht auf Gesellschaft und Politik zur Diskussion. In diesem Jahr wurde erstmals die Reihe unter ein Motto gestellt: Extremismus und Demokratie. FIGARO sendet die Auftakt-Rede des Theologen Frank Richter.

Die Dresdner Reden haben Tradition. Bisher konnten sich die Vortragenden ihr Thema selbst auswählen. Ein übergreifendes Motto gab es bisher nicht, allein der "Gedanke zur Zeit" war das verbindende Element der Reden eines Jahrgangs.

Die Sächsische Zeitung und das Staatsschauspiel Dresden, die die Reden-Reihe ausrichten, haben sich vor dem Hintergrund der jüngsten Entwicklungen wie den Verbrechen der Neonazis Mundlos und Böhnhardt, Handy-Überwachung und Ermittlungen gegen Antinazi-Demonstranten entschlossen, in diesem Jahr erstmals eine Ausnahme zu machen. Alle Rednerinnen und Redner des diesjährigen Jahrgangs setzen sich mit dem Extremismus und der Gefährdung der Demokratie auseinander.

Der Theologe Frank Richter hielt am 5. Februar die erste Rede innerhalb der diesjährigen Reden-Reihe. Seit 2009 ist er Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung. Richter engagierte sich in der DDR-Bürgerrechtsbewegung und gehörte 1989 zu den Gründern der "Gruppe der 20" in Dresden, wofür er 1991, stellvertretend für die friedlichen Demonstranten, den Europäischen Menschenrechtspreis entgegennahm. Seit 2011 ist er Moderator der von Oberbürgermeisterin Helma Orosz berufenen Arbeitsgruppe "13. Februar", die zu Versöhnung, Toleranz und einem offenen Diskurs aufruft, nachdem es im vergangenen Jahr während der Demonstrationen gegen den Aufmarsch der NPD zu Ausschreitungen verschiedener linksextremistischer Gruppen gekommen war. Frank Richter sprach zum Thema: "Demokratisch für die Demokratie streiten. Der 13. Februar in Dresden".

<http://www.mdr.de/mdr-figaro/journal/demokratie102.html>

---

## Dresden springt über seinen Schatten

Erstmals könnte die Bürgerschaft in Sachsens Landeshauptstadt am 13. Februar geeint gegen Nazis protestieren

Seit Jahren missbrauchen Nazis das Gedenken an die Zerstörung Dresden. Über eine passende Antwort war die Stadt lange uneins. 2012 scheint geeinter Widerstand erstmals möglich.

Das Plakat wirkte wie ein Stachel. »Gedenken allein reicht nicht«, stand auf dem Tuch, das Wilfried Schulz und seine Kollegen vom Staatsschauspiel über die Köpfe vor dem Dresdner Rathaus hoben. Tausende Bürger sammelten sich dort am 13. Februar 2011, um sich in eine Menschenkette einzureihen. Sie sollte die Innenstadt am Jahrestag ihrer Kriegszerstörung gegen Nazis schützen, die das Datum für ihre Zwecke umdeuten. Mit der Kette wollte man ihnen entgegentreten - symbolisch: Die Nazis liefen, als die Bürger sich längst wieder zerstreut hatten. Nicht nur Theaterintendant Schulz fand sich in einem Zwiespalt: Lohnt die Teilnahme dann überhaupt? Er kam - mit dem Transparent.

Ein Jahr später sitzt Schulz in seinem Büro unter dem Dach des Theatergebäudes und verfällt auf die Frage, ob das Transparent 2012 wieder hervorgeholt wird, in Nachdenken. Wieder gibt es am 13. Februar eine Menschenkette, wieder haben Nazis einen angeblichen »Trauermarsch« angemeldet. Der Appell indes, den Schulz einst auf das Tuch schrieb, muss den Bürgern vielleicht nicht erneut vor Augen gehalten werden. »Es hat sich viel getan«, sagt er. Der Intendant, der sich 2011 noch »hilflos« fühlte, erklärt jetzt: »Wir sind guter Hoffnung.« Außer der Menschenkette soll es diesmal eine Demonstration in Hör- und Sichtweite zu den Nazis geben, zu der die Stadt einlädt. Die »verkrusteten Verhältnisse«, die Schulz 2009 bei seiner Ankunft in Dresden vorfand - sie scheinen aufzubrechen.

Verkrustete Verhältnisse, das heißt: eine Bürgerschaft, die tief gespalten war in der Frage, wie sie mit dem 13. Februar umgehen soll. Mit der Trauer um 25 000 Tote und die Zerstörung ihrer Innenstadt vor 67 Jahren, aber auch mit den immer ausufernden Aufzügen der Nazis. Für einen Teil der Bürger gehörte der Tag dem stillen Gedenken - das sich nicht mit lautstarkem Protest vertrug. Andere wiederum klagten, gerade dieses ausschließlich stille Gedenken erlaube es den Nazis, sich in der Stadt willkommen zu fühlen.

Die Meinungen standen unversöhnlich nebeneinander - und führten zu »hochnotpeinlichen« Bildern, erinnert sich Grit Hanneforth. Die Chefin des Kulturbüros Sachsen, das Kommunen und Schulen zum Umgang mit Rechtsextremismus berät, hat Szenen wie im Februar 2009 vor Augen, als 8000 Neonazis schweigend an der Einkaufsmeile Prager Straße vorbeizogen, während Passanten sich durch die Reihen wanden. An der Semperoper bekundeten Teilnehmer der Veranstaltung »GehDenken« ihre Wut - wovon die Nazis indes nichts hörten. Die CDU-Rathauschefin, deren Partei sich nicht zur Teilnahme durchringen konnte, verteilte andernorts weiße Rosen als Symbol des Gedenkens. »Das waren armselige Bilder«, sagt Hanneforth: »Das ärgerte.«

Vielleicht waren es genau dieser Ärger und die Scham, die ein Umdenken anstießen. Sie paarten sich 2010 mit der Erkenntnis, dass auch in Dresden Nazis mit Erfolg blockiert werden können. Und sie ergriffen weitere Teile der Bürgerschaft, als 2011 klar wurde, mit welchem Eifer Behörden bei der Suche nach Störern die Daten Tausender unbeteiligter Handynutzer erfassten. Das, sagt Hanneforth, habe »noch ganz andere Leute wach gerüttelt« - auch in gutbürgerlichen Kreisen.

Zeichen dafür, dass neu nachgedacht wird in Dresden über die Erinnerung an den 13. Februar, gibt es viele. Noch vor einigen Jahren war ein Symposium des Kulturbüros eine Ausnahme: Eingeladen waren Überlebende deutscher Luftangriffe auf Coventry und Juden, die den Holocaust erlebt hatten. Die Zerstörung Dresdens, so die Botschaft, hatte eine Vorgeschichte. Eine für die Kulturstadt unangenehme, ergänzt Intendant Schulz, der mit seiner Kollegin von der Semperoper eine Ausstellung zur »Vertreibung der ›Juden‹ und ›politisch Untragbaren‹ aus den Dresdner Theatern« zeigte. Die »Machtergreifung« fand dort schon vor 1933 statt. Just das kunstinteressierte Dresdner Bürgertum, so die bittere Erkenntnis, verfiel besonders rasch dem braunen Ungeist. Dresden, betonten Historiker, war nicht nur Stadt der Opfer. Die reine Kulturstadt, die »unschuldig« zerstört wurde - es gab sie nicht.

Dass diese Einsicht um sich griff, war ein Baustein dafür, dass sich Dresden vielleicht erstmals geschlossen der braunen Vereinnahmung entgegenstellt. Der zweite ist ein neuer Respekt dafür, dass Vielfalt die Voraussetzung für derlei Geschlossenheit ist - was weniger widersprüchlich ist, als es klingt. Gewachsen ist die Erkenntnis, dass es nicht eine richtige Form von Gedenken und Protest gibt, sondern dass die Menschenketten, Mahnwachen, Kundgebungen und auch Blockaden nötig sind. »Wir brauchen die Vielfalt«, sagt Hanneforth, »sie ist das einzige, was uns retten kann.«

Der Weg zu dieser Einsicht war steinig. Das weiß vermutlich keiner besser als Frank Richter. Der Pfarrer, der ab Oktober 1989 mit der von ihm gegründeten »Gruppe der Zwanzig« den friedlichen Wandel in der Stadt organisieren half und heute die Landeszentrale für politische Bildung leitet, moderiert seit 2009 eine von Oberbürgermeisterin Helma Orosz einberufene »Arbeitsgruppe 13. Februar«, in der alle Ratsfraktionen, die Gewerkschaften, Kirchen und Vereine versuchen, einen neuen Umgang mit dem heiklen Datum zu finden. Ein mühsames, zeitweise fast aussichtsloses Unterfangen - nicht zuletzt, weil Debakel früherer Jahre in Vorwürfen und Anschuldigungen mündeten. »Wenn aber die Beziehungsebene gestört ist«, sagt Richter, »geht auf der Sachebene auch nichts mehr.«

Auch in dieser Runde aber brechen die »verkrusteten Verhältnisse« auf. Mit Mühe und vielen Einzelgesprächen gelang es Richter, einen Minimalkonsens herauszuarbeiten: die Einsicht, dass man den Nazis entgegentreten muss. Zwar wurde das Thema Blockaden lange ausgeklammert. Selbst die Frage des Protestes in Sicht- und Hörweite bleibt heikel. Sie sei die »Sollbruchstelle«, räumt Richter ein. Dass es aber erstmals eine Protestveranstaltung geben wird, zu der von CDU bis LINKE aufgerufen wird, kommt in Dresden einer Revolution gleich.

Kürzlich gab es sogar ein Gespräch zwischen Mitgliedern der AG und Vertretern des Bündnisses »Dresden nazifrei!«, das seit 2010 bundesweit zu Blockaden mobilisiert. Bei dem Thema, sagt Richter, bleibe zwar ein »unüberbrückbarer Gegensatz«. Man habe sich aber gegenseitig versichert, dass zwischen AG und Bündnis »keine politische Gegnerschaft« besteht. Für Dresden, sagt Grit Hanneforth, sei das ein »Quantensprung«: Endlich herrsche »Augenhöhe zwischen allen Beteiligten«. Es seien, merkt Intendant Schulz an, »viele hier über ihren Schatten gesprungen«.

Noch, fügt nicht nur der Theatermann an, ist offen, ob die Übereinkunft von Dauer ist. Vieles wird davon abhängen, wie der 13. Februar abläuft: ob es gelingt, ein klares Zeichen des Protests gegen den erwarteten Aufmarsch von 2000 Nazis zu setzen, ohne dass die Lage eskaliert. Der Ton der Debatten indes sei schon anders, sagt Schulz: Ein kritischer Blick auf die eigene Geschichte werde möglich, »ohne dass das gleich als Beschmutzung empfunden wird«.

Das Theater hat dazu beigetragen. Im Oktober kam Harry Mulischs Roman »Das steinerne Brautbett« auf die Bühne, die Geschichte eines US-Bomberpiloten, der 1956 in



das unter seiner Beteiligung zerstörte Dresden zurückkommt. Das Stück stellt die Frage nach Tätern und Opfern, die Dresden so sehr beschäftigt - und zwar, schrieb eine Rezensentin, »fern jeglicher Gedenkroutine«. Womöglich ist die Routine auch jenseits des Theaters durchbrochen. Dann könnte Schulz sein Plakat getrost zu Hause lassen.

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/218103.dresden-springt-ueber-seinen-schatten.html>

---

TAZ | 10.02.2012 | Karen Grass

### Linksparlamentarier nicht mehr immun

Weil sie einen Neonaziaufmarsch in Dresden blockierten, verlieren die Linken-Bundestagsabgeordneten Caren Lay und Michael Leutert ihre Immunität.

BERLIN taz | Freie Bahn für die Dresdner Staatsanwaltschaft: Am Donnerstag hat der zuständige Bundestagsausschuss die Immunität der Bundesgeschäftsführerin der Linkspartei, Caren Lay, und des Abgeordneten Michael Leutert aufgehoben. Damit sind diese als Parlamentarier nicht mehr vor Ermittlungen und Strafverfolgung der Staatsanwaltschaft geschützt.

Lay und Leutert droht nun eine Strafe wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz, weil sie sich an einer Blockade gegen den Neonaziaufmarsch in Dresden im Februar 2011 beteiligten. Diese fand am Rande der Gegendemonstration des Bündnisses Dresden Nazifrei statt, mit dem verschiedenste Initiativen dem jährlichen Neonaziaufmarsch am Tag der Bombardierung Dresdens im zweiten Weltkrieg entgegengetreten.

Lay sieht die Maßnahmen der Staatsanwaltschaft als ungerechtfertigt an: "Diese Maßnahmen sind vollkommen übertrieben und dienen lediglich dazu, ein politisches Exempel zu statuieren."

Vor der Abstimmung wollten die beiden Abgeordneten den Ausschussmitgliedern darlegen, dass die Maßnahmen juristisch nicht vertretbar seien. Sie beriefen sich auf ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages, das zu dem Schluss kam, dass die Strafverfolgung der Blockadeteilnehmer rechtswidrig sei. Das wird damit begründet, dass das sächsische Versammlungsgesetz wegen eines Formfehlers zwischen Januar 2010 und April 2011 nicht gültig war, und das Bundesgesetz für die Demonstrierenden ebenfalls nicht anwendbar sei.

### Zweifel an Rechtsgrundlage

Letztere Auffassung teilen die Staatsanwaltschaft Dresden wie auch der Immunitätsausschuss nicht, die Abgeordneten durften nicht vorsprechen. Volker Beck, Ausschussmitglied der Grünen kritisierte das: "Der Wissenschaftliche Dienst bezweifelt, dass es zum Zeitpunkt der Taten überhaupt eine Rechtsgrundlage für die Strafverfahren gab." Er stimmte deshalb dem anschließenden Antrag der Linksfraction zur Beibehaltung der Immunität zu. Doch mit SPD, FDP und CDU lehnte die Mehrheit ab, sodass die Staatsanwälte nun ermitteln können.

Generell könne man nicht manche Blockierer verfolgen und Bundestagsabgeordnete davon ausnehmen, so ein Sprecher der Staatsanwaltschaft zur taz. Das Strafmaß gegen Lay und Leutert sei noch nicht absehbar. Im Zusammenhang mit der Blockade ermittelt die

Staatsanwaltschaft insgesamt gegen rund 200 Teilnehmer, darunter befanden sich auch einige Landtags- und Bundestagsabgeordnete verschiedener Parteien.

Antrag auf Aufhebung der Immunität stellte die Staatsanwaltschaft allerdings nur bei drei Linksparteimitgliedern, da die anderen Politiker nach Angaben der Staatsanwaltschaft um die 500 Euro zahlten, damit das Verfahren eingestellt wird. Das sei keine Alternative, so Lay: "Ich fühle mich im Recht, ich verbreche nichts, wenn ich mich friedlich gegen Rechtsextremismus engagiere."

Im Zusammenhang mit einer Blockade bei der Demonstration im Jahr 2010 verloren bereits vier Landtagsfraktionschefs der Linkspartei ihre Immunität: Zuletzt die Hessen Willi van Oyen und Janine Wissler im Januar, im vergangenen Jahr traf es André Hahn in Sachsen und den Thüringischen Fraktionschef Bodo Ramelow.

Vor diesem Hintergrund appellierte der Fraktionsvorsitzende der Linkspartei Gregor Gysi in einem Brief an die Fraktionsvorsitzenden aller Parteien im Bundestag, die Immunität der Abgeordneten müsse erhalten bleiben: "Ich denke, dass dies unserem Engagement gegen Rechtsterrorismus und Rechtsextremismus entspricht. Gleichzeitig wäre es ein wichtiges Signal in die Gesellschaft und in die Justiz hinein."

### Umstrittenes Timing

Pikant ist der Zeitpunkt, zu dem die Staatsanwaltschaft die Anträge zur Aufhebung der Immunität der beiden Bundestagsabgeordneten stellt: Für den 13. Februar, den Jahrestag der Bombardierung Dresdens durch die Alliierten im Jahr 1945, plant das Bündnis Dresden Nazifrei wieder eine große Gegendemonstration, wie in den letzten beiden Jahren soll eine Blockade den Naziaufmarsch verhindern. Die Staatsanwaltschaft bezeichnet den Zeitpunkt für die Anträge als normalen Gang der Dinge.

"Die Anträge der Staatsanwaltschaft zu diesem Zeitpunkt sind nichts weiter als der Versuch, Abgeordnete vor der Demonstration nächste Woche einzuschüchtern", sagt hingegen Monika Lazar, Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus der Grünen im Bundestag. Sie, die selbst aus Sachsen stammt und jährlich an den Gegendemonstrationen teilnimmt, hält das Vorgehen der Staatsanwaltschaft gegen die Blockadeteilnehmer für "vollkommen übertrieben und eine bewusste Kriminalisierung des friedlichen Protests".

Sie schäme sich momentan permanent für die Sicherheitsbehörden ihres Landes. "Sie scheinen offenbar etwas besseres zu tun zu haben als effektiv gegen rechte Kriminalität zu ermitteln", sagte Lazar in Anspielung auf die Versäumnisse im Zusammenhang mit den rechtsextremen Terroristen des "Nationalsozialistischen Untergrunds".

<http://www.taz.de/Folgen-der-Neonazi-Blockade-in-Dresden!/87413/>

ähnliche Artikel:

Rheinische Post

<http://nachrichten.rp-online.de/politik/linke-ueber-aufhebung-der-immunitaet-empoert-1.2706894>

Deutschland Radio

<http://www.dradio.de/nachrichten/201202100100/4>

stern.de

<http://www.stern.de/politik/deutschland/protest-gegen-nazi-kundgebung-ausschuss-hebt-immunitaet-von-linke-abgeordneten-auf-1784826.html>

stern.de

<http://www.stern.de/news2/aktuell/linke-empoert-ueber-aufhebung-von-immunitaet-zweier-abgeordneter-1784958.html>

Neue Nordhäuser Zeitung

[http://www.nnz-online.de/news/news\\_lang.php?ArtNr=106639](http://www.nnz-online.de/news/news_lang.php?ArtNr=106639)

---